



- Der Präsident -

Az.:8175-02-00-18/1

In dem Verwaltungsverfahren

zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Windenergie an Land des Jahres 2019 nach § 85a Absatz 1 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,

vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann

am 27.11.2018 beschlossen:

Der Höchstwert für die Ausschreibungen zur Bestimmung der Zahlungen für Strom aus Windenergieanlagen an Land nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz beträgt für die Ausschreibungsrunden im Jahr 2019 6,20 Cent pro Kilowattstunde.

Gründe

I.

Die Bundesnetzagentur führt seit 2017 Ausschreibungen zur Bestimmung der Zahlungshöhe für Strom aus Windenergieanlagen an Land aufgrund der §§ 28 bis 36i Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch.

...

In den vier Ausschreibungsrunden für Windenergieanlagen an Land des Jahres 2018 wurde das Ausschreibungsvolumen nur in der ersten Runde zum Gebotstermin 1. Februar 2018 von der Gebotsmenge der zugelassenen Gebote übertroffen; in den drei anderen Gebotsrunden im Mai, August und Oktober 2018 wurde die ausgeschriebene Menge von jeweils 670.161 Kilowatt durch zugelassene Gebote nicht ausgeschöpft. Die Unterdeckung der ausgeschriebenen Menge führt zwangsläufig zu einer Bezuschlagung jedes zugelassenen Gebots.

Der Höchstwert für die Ausschreibungen zur Ermittlung der Höhe der Zahlungen von Strom aus Windenergieanlagen an Land betrug für die Gebotstermine des Jahres 2018 nach der Festlegung der Bundesnetzagentur 8175-02-00-17/1 vom 29.11.2017 6,30 ct/kWh.

In den ersten beiden Runden lag eine Vielzahl von Geboten deutlich unter diesem Höchstwert:

- Zum Gebotstermin am 1. Februar 2018 wurden 130 zugelassene Gebote mit einem Gebotsvolumen von 973 Megawatt abgegeben, von denen 128 Gebote einen Gebotswert von bis zu 6 ct/kWh¹ und ein weiteres Gebot einen Wert bis zu 6,1 ct/kWh aufwiesen –in dieser Runde hatte nur ein Gebot einen Wert, der darüber lag.
- Zum 1. Mai 2018 wurden 111 zulässige Gebote mit einem Gebotsvolumen von insgesamt 604 Megawatt abgegeben, von denen 100 Gebote einen Gebotswert bis zu 6 ct/kWh und drei weitere Gebote einen Wert bis zu 6,1 ct/kWh und acht Werte zwischen 6,1 und 6,28 ct/kWh aufwiesen.

Ab dem Gebotstermin 1. August zeigte sich ein anderes Verhältnis:

- Zum 1. August lagen von den 86 zugelassenen Geboten nur noch 16 bei einem Gebotswert von bis zu 6 ct/kWh und weitere fünf bei bis zu 6,1 ct/kWh. In allen anderen Geboten wurden Werte geboten, die darüber lagen.

¹ Bei den Betrachtungen und Ausführungen dieser Festlegung der Stromgestehungskosten wird durchgängig auf den Referenzstandort abgestellt, da die Standortungleichheiten durch die Gütefaktoren gemäß § 36h EEG ausgeglichen werden.

Der von den Bietern angegebene Gebotswert wird in den Verfahren für einen 100-Prozent-Referenzstandort abgegeben. Die Berechnung des Korrekturfaktors des Gütefaktors wird später vom Anschlussnetzbetreiber durchgeführt. In der Ausschreibung werden demnach Werte für Anlagen in einer definierten standardisierte Modellumgebung abgegeben, dies ist der sogenannte Referenzstandort. Anhand dieser Modellumgebung wird der energetische Ertrag berechnet, den die Windenergieanlage an diesem Referenzstandort erwirtschaften könnte. Dieser hypothetische Betrag wird dann später mit den gemessenen tatsächlich erzeugten Strommengen verglichen, um die genaue tatsächliche Standortgüte zu definieren und die Zahlungen entsprechend anzupassen (einstufiges Referenzertragsmodell).

- Zum Gebotstermin 1. Oktober wurden 57 Gebote zugelassen, darunter nur noch fünf mit Gebotswerten bis zu 6 ct/kWh auf und zwei weitere bis zu 6,1 ct/kWh. Bei den weiteren 51 Geboten lagen die Gebotswerte oberhalb von 6,1 ct/kWh.

Auch die Gebotsmengen von Geboten mit Werten, die nah am Höchstwert lagen, weisen eine Steigerung von den ersten beiden Runden zu den letzten beiden Runden des Jahres 2018 auf: Zum 1. Februar wurde ein Gebot mit 2.400 MW abgegeben, das einen Gebotswert von 6,28 ct/kWh oder höher aufwies, zum 1. Mai waren es ebenfalls nur ein Gebot mit 3600 MW, im August 29 Gebote mit 181.150 MW und im Oktober schließlich 22 Gebote mit 124.010 MW, in denen mindestens dieser Wert geboten wurde. Mit einer abnehmenden gebotenen Menge stieg auch der durchschnittliche mengengewichtete Zuschlagswert von 4,73 ct/kWh zum Gebotstermin 1. Februar auf 6,26 ct/kWh zum Gebotstermin 1. Oktober an, und lag damit nah am Höchstwert von 6,3 ct/kWh.

Die im Register gemeldeten Genehmigungen, mit denen Bieter an den Ausschreibungsrunden teilnehmen konnten, verringerten sich von Runde zu Runde - von 1.697 MW im Februar auf 921 MW im Oktober.

Gebotstermine 2018	1. Februar	1. Mai	1. August	1. Oktober
Ausschreibungsvolumen	700	670	670	670
Zugelassene Gebotsmenge in MW	973	604	667	364
Gemeldete Genehmigungen, die theoretisch an dem Gebotstermin teilnehmen konnten	1.697	1.384	1.288	921
Anzahl eingereichter Gebote	132	111	91	62
Anzahl zugelassener Gebote	130	111	86	57
Anzahl Zuschläge	83	111	86	57
Durchschnittlicher Zuschlagswert in ct/kWh	4,73	5,73	6,16	6,26
Anzahl zugelassener Gebote mit Gebotswert bis 6 ct/kWh	128	100	16	5
Anzahl zugelassener Gebote mit Gebotswert über 6 ct/kWh und bis 6,1 ct/kWh	1	3	5	2
Anzahl zugelassener Gebote mit Gebotswert über 6,1 ct/kWh	1	8	65	50
Anzahl zugelassener Gebote mit Gebotswert mind. 6,28 ct/kWh	1	1	29	22

Ab der kommenden Ausschreibungsrunde zum Gebotstermin 1. Februar 2019 würde der Höchstwert aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 36b Absatz 2 EEG wie folgt zu berechnen sein: Der neue Höchstwert ist jeweils der um acht Prozent erhöhte Durchschnitt aus den Gebotswerten des jeweils höchsten noch bezuschlagten Gebots der letzten drei Gebotstermine, d.h. 1. Mai, 1. August und 1. Oktober 2018.

Für den Gebotstermin zum 1. Februar 2019 ergibt sich somit ein Höchstwert von 6,80 ct/kWh, der sich wie folgt errechnet: $1,08 * (6,28 + 6,30 + 6,30) / 3 = 6,80$.

Mit Stand 31. Oktober 2018 sind im Marktstammdatenregister Genehmigungen für Windenergieanlagen an Land mit einer installierten Leistung von insgesamt 1.511 MW gemeldet, die noch nicht bezuschlagt wurden. Von diesen Genehmigungen werden sich an den Ausschreibungsrunden des Jahres 2019 nur diejenigen beteiligen können, die nicht noch 2018 in Betrieb genommen werden; zusätzlich können sich weitere Projekte beteiligen, wenn ihre Genehmigung erteilt und dem Register gemeldet wird. Die Ausschreibungen des Jahres 2018 haben außerdem gezeigt, dass nicht für jede gemeldete Genehmigung Gebote in den Ausschreibungen eingereicht werden: Ungenehmigungen oder Rechtsmittel Dritter führen zu einem Zurückstellen bzw. sogar zu einem Aufgeben von genehmigten Projekten. Da weder für den restlichen Zubau des Jahres 2018 noch für Menge ungenutzter Genehmigungen oder für die Neugenehmigungen des Jahres 2019 Anhaltspunkte für eine Quantifizierung vorliegen, soll vorliegend vereinfachend angenommen werden, dass für 2019 ein Genehmigungsvolumen zur Verfügung steht, das unter der ausgeschriebenen Gesamtmenge liegt.

Nach derzeit geltendem Recht werden im Jahr 2019 insgesamt 2.800 MW ausgeschrieben, also knapp doppelt so viel wie an Genehmigungen verfügbar sind. Im Jahr 2019 sollen gemäß dem derzeitigen Referentenentwurf des Energiesammelgesetzes die Mengen für die Ausschreibungen für Windenergie an Land im Jahr 2019 auf insgesamt 3.800 MW an installierter Leistung angehoben werden.

Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus dem Ausschreibungsjahr 2018, der öffentlich verfügbaren Informationen zu bisher gemeldeten Genehmigungen, der Genehmigungslage in den Bundesländern im Allgemeinen sowie dem voraussichtlichen

Anstieg des Ausschreibungsvolumens durch das Energiesammelgesetz, ist es nach Ansicht der Bundesnetzagentur sehr wahrscheinlich, dass es bei den Ausschreibungen für Windenergie an Land im Jahr 2019 nur geringen Wettbewerb um die Zuschläge geben wird. Sofern die Bieter dies ebenfalls antizipieren, verliert die Grundprämisse der Ausschreibungsverfahren, dass sich die Gebotswerte an den tatsächlichen Erzeugungskosten orientieren, ihre Gültigkeit. Stattdessen ist zu erwarten, dass sich die Bieter am Höchstwert orientieren.

Auf Grundlage von § 36b Absatz 2 EEG würden die Höchstwerte für die Gebotstermine des Jahres 2019 wie folgt aussehen, wenn angenommen wird, dass die jeweils höchsten bezuschlagten Gebote den Höchstwert geboten haben:

Gebotstermin	Höchstwert	Berechnung
1. Mai 2019	6,98 ct/kWh	$= 1,08 * (6,30 + 6,30 + 6,80) / 3$
1. August 2019	7,23 ct/kWh	$= 1,08 * (6,30 + 6,80 + 6,98) / 3$
1. September 2019	7,56 ct/kWh	$= 1,08 * (6,80 + 6,98 + 7,23) / 3$
1. Oktober 2019	7,84 ct/kWh	$= 1,08 * (6,98 + 7,23 + 7,56) / 3$
1. Dezember 2019	8,15 ct/kWh	$= 1,08 * (7,23 + 7,56 + 7,84) / 3$

Neben der rechnerischen Ermittlung der Höchstwerte nach § 36b Absatz 2 EEG sieht § 85a EEG unter dort näher definierten Voraussetzungen die Festlegung des Höchstwertes im Wege einer Ermessensentscheidung durch die Bundesnetzagentur vor. Unter anderem soll dies geschehen, wenn Höchstwerte die durchschnittlichen Erzeugungskosten (Stromgestehungskosten) überschreiten.

II.

1. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit für den Erlass dieser Festlegung durch die Bundesnetzagentur ergibt sich aus § 85a EEG. Gemäß § 85 Absatz 4 EEG sind Entscheidungen nach § 85a EEG nicht von einer Beschlusskammer zu treffen.

2. Ermächtigungsgrundlage

Die Festlegung des Höchstwerts ist in § 85a EEG geregelt. Das Verfahren wird von Amts wegen nach § 66 Absatz 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) eingeleitet.

3. Aufgreifermessen

Nach § 85a Absatz 1 EEG kann die Bundesnetzagentur eine Festlegung erlassen, in der sie den Höchstwert für die Ausschreibungen mit einem Gebotstermin im darauffolgenden Jahr festlegt, sofern sich Anhaltspunkte in drei dem Festlegungsverfahren vorausgehenden Ausschreibungsrunden ergeben haben, die darauf hindeuten, dass der Höchstwert zu hoch oder zu niedrig ist, um die Ziele des EEG zu erreichen. In den letzten drei Gebotsterminen zum 1. Mai, 1. August und 1. Oktober 2018 hat es weniger zugelassene Gebote gegeben, als Menge ausgeschrieben wurde. Die durchschnittlichen mengengewichteten Zuschlagswerte stiegen von 5,73 ct/kWh im Mai über 6,16 ct/kWh im August auf 6,26 ct/kWh im Oktober 2018. Der Höchstwert betrug jeweils 6,3 ct/kWh.

Mit den Stromgestehungskosten bei der Windenergie an Land beschäftigen sich zwei Gutachten, die im Jahre 2018 erschienen sind:

- Das Gutachten der *Deutsche Windguard GmbH*² kommt zu mittleren Stromgestehungskosten von Anlagen, die sich mit einer Genehmigung an den Ausschreibungen beteiligen müssen, von 5 ct/kWh für eine Standortgüte von 100 Prozent.³ Dieser Wert stellt den Mittelwert der Stromgestehungskosten der betrachteten Anlagen dar; zusätzlich werden im Gutachten Schwankungsbreiten

² Deutsche Windguard GmbH, Vorbereitung und Begleitung bei der Erstellung eines Erfahrungsberichts gemäß § 97 Erneuerbare-Energien-Gesetz, Teilvorhaben II e) Wind an Land, Zwischenbericht, erschienen im März 2018, abrufbar unter https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Downloads/bmwi_de/bericht-eeg-6-wind-an-land.html, zuletzt abgerufen am 22.11.2018.

³ Deutsche Windguard GmbH, Zwischenbericht, S. 59.

(Standardabweichung) für die Stromgestehungskosten angegeben. Bei Berücksichtigung der Standardabweichungen bei den Schlüsselkostenparametern ergibt sich folgendes Bild: Liegen die Betriebskosten und die Hauptinvestitionskosten⁴ jeweils am oberen Ende der Standardabweichung, ergibt sich an einem 100 Prozent-Standort eine Abweichung nach oben von 23 Prozent. Die Hauptinvestitionskosten können sich im Rahmen der Standardabweichung um 18 Prozent verschieben, dies hat Auswirkungen auf die Stromgestehungskosten von 9 Prozent am 100-Prozent-Standort. Die Abweichungen bei den Betriebskosten unterliegen einer Standardabweichung von bis zu 37 Prozent, was wiederum die Stromgestehungskosten an einem 100-Prozent-Standort um 14 Prozent verändern kann. Bei der Betrachtung der Betriebskosten wurden im Gutachten sowohl variable als auch fixe Betriebskosten untersucht. Die Berücksichtigung beider Parameter (Investitionskosten und Betriebskosten) führen damit zu Stromgestehungskosten von 6,15 ct/kWh.⁵

- Nach *Fraunhofer ISE*⁶ betragen die Stromgestehungskosten 2018 für Windanlagen an Land mit 2.500 Volllaststunden und einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von 6,4 m/s bei einer Nabenhöhe von 120 m zwischen 4,97 und 6,07 ct/kWh.⁷ Diese im Gutachten angenommenen Werte entsprechen in etwa dem im EEG definierten 100 Prozent-Standort (6,45 m/s in einer Höhe von 100 Metern)⁸. Dabei werden die im Gutachten vorausgesetzten 2.500 Volllaststunden von Windenergieanlagen der Anlagentypen der 2- und 3-MW-Klasse am Referenzstandort bereits deutlich übertroffen.⁹ Als Anhaltspunkt für die Betrachtung der Stromgestehungskosten ist der gutachterlich ermittelte Wert dennoch verwendbar.

Die beiden in den Gutachten errechneten Werte weichen sowohl von dem derzeit geltenden Wert von 6,3 ct/kWh als insbesondere von dem ohne die vorliegende Festlegung zum Februar 2019 geltenden Höchstwert von 6,80 ct/kWh ab.

⁴ Zur Ermittlung der Stromgestehungskosten und der betrachteten Komponenten der Betriebs- und die Investitionskosten, siehe Deutsche Windguard GmbH, Zwischenbericht, S. 48 ff.

⁵ Deutsche Windguard GmbH, Zwischenbericht, S. 54-56.

⁶ Fraunhofer ISE, Stromgestehungskosten Erneuerbare Energien, abrufbar unter https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/publications/studies/DE2018_ISE_Studie_Stromgestehungskosten_Erneuerbare_Energien.pdf, zuletzt abgerufen am 22.11.2018.

⁷ Fraunhofer ISE, Stromgestehungskosten Erneuerbare Energien, S. 19.

⁸ Anlage 2 (zu § 36h) EEG.

⁹ Zur Verteilung der 100 Prozent-Standorte: Deutsche Windguard, Zwischenbericht, S. 20.

Der gesetzlich bestimmte Mechanismus des § 36b Absatz 2 EEG würde zu einer deutlichen Anhebung der Höchstwerte von Gebotstermin zu Gebotstermin führen, wenn in jeweils drei Runden zuvor stets das höchste noch bezuschlagte Gebot in der Nähe des dann jeweils geltenden Höchstwerts liegen würde. Diese Tendenz ist an den Zuschlagswerten der letzten drei Ausschreibungen des Jahres 2018 deutlich erkennbar: Es wurde einmal 6,28 ct/kWh und zweimal 6,3 ct/kWh als höchster Wert bezuschlagt, der Höchstwert betrug jeweils 6,3 ct/kWh.

Die Gebote in den Ausschreibungsrunden des Jahres 2018 legen die Deutung nahe, dass die Bieter ab dem Gebotstermin 1. Mai 2018 mit einem geringen Wettbewerbsniveau gerechnet haben und ihre Gebotswerte daraufhin an dem in allen Gebotsrunden des Jahres 2018 geltenden Höchstwert von 6,30 ct/kWh und nicht an ihren tatsächlichen Erzeugungskosten orientiert haben. Zwar muss auch berücksichtigt werden, dass das geringe Wettbewerbsniveau überhaupt erst Gebote für Anlagen mit ungünstigeren Kostenstrukturen (z.B. aufgrund kostenintensiveren Flächen) ermöglicht haben könnte, für die zuvor nicht geboten wurde. Eine vermehrte Teilnahme solcher Gebote wäre allerdings bereits in den ersten Ausschreibungsrunden des Jahres 2018 möglich und damit auch zu erwarten gewesen.

Es ist mithin davon auszugehen, dass die Zuschlagswerte von Windanlagen an Land, die 2019 erteilt werden, über den durchschnittlichen Erzeugungskosten am Referenzstandort liegen würde, wenn der gesetzliche Mechanismus zur Bestimmung des Höchstwertes greifen würde.

Dies hätte ohne die Festlegung des Höchstwertes zur Folge, dass die Windenergieanlagen an Land bei ausbleibendem Wettbewerb und den dadurch kontinuierlich ansteigenden Höchstwerten absehbar überfördert würden, wodurch Ziele nach § 1 Absatz 1 EEG, unter anderem eine nachhaltige Entwicklung und die Verringerung der volkswirtschaftlichen Kosten, nicht eingehalten würden. Das Aufgreifermessen ist folglich auszuüben.

Die Bundesnetzagentur soll gemäß § 85a Absatz 2 Satz 1 EEG den Höchstwert absenken, wenn die durchschnittlichen Erzeugungskosten deutlich unter dem Höchstwert liegen. Ohne Berücksichtigung von Standardabweichungen betragen die

durchschnittlichen Erzeugungskosten für Windenergie an Land an einem 100-Prozent-Standort betragen laut dem Gutachten der *Deutschen Windguard GmbH* 5 ct/kWh,¹⁰ Anhaltspunkte, die die korrekte Ermittlung des Wertes in Frage stellen würden, bestehen nicht. Der geltende Höchstwert liegt mit 6,3 ct/kWh 26 Prozent darüber. Der ohne Anpassung geltende Wert läge noch deutlicher über den gutachterlich angenommenen Erzeugungskosten.

Da die Regelung des § 85a Absatz 2 Satz 1 EEG als „Soll“-Vorschrift ausgestaltet ist, ist ein Aufgreifen bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen in der Regel geboten. Eine atypische Situation, die die durch ein Nichtaufgreifen eintretende Überförderung rechtfertigen würde, liegt nicht vor. Vielmehr lässt die derzeitige Rechtslage mit der einzigen Möglichkeit einer Festlegung zum 1. Dezember eines Jahres, ein Tätigwerden der Behörde und damit ein pflichtgemäßes Ausüben des Aufgreifermessens zum jetzigen Zeitpunkt angemessen erscheinen.

4. Formelle Anforderungen

Die Bundesnetzagentur hat von der Einholung von Stellungnahmen abgesehen und keine mündliche Verhandlung durchgeführt. Diese Abweichungen von den üblichen Voraussetzungen bei Festlegungsverfahren sind für Festlegungen zu den Höchstwerten bei Ausschreibungen nach dem EEG in § 85a Absatz 3 EEG geregelt. Dabei ist eine mündliche Verhandlung explizit ausgeschlossen. Auf die Einholung von Stellungnahmen soll verzichtet werden. Die Bundesnetzagentur ist dieser Soll-Vorgabe gefolgt, um das Verfahren zu beschleunigen.

Ein anders gelagerter Sonderfall, der eine andere Beurteilung gebieten würde, liegt nicht vor.

Die Entscheidung wird auf der Internetseite der Bundesnetzagentur und in deren Amtsblatt veröffentlicht und damit gemäß § 85a Absatz 3 EEG, § 73 Absatz 1a EnWG öffentlich bekanntgemacht. Die Entscheidung gilt gemäß § 73 Absatz 1a Satz 3 EnWG an dem Tag als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Regulierungsbehörde zwei Wochen verstrichen sind.

¹⁰ Deutsche Windguard GmbH, Zwischenbericht, S. 59.

5. Bestimmung des Höchstwerts

Die Bundesnetzagentur kann nach § 85a Absatz 1 EEG den Höchstwert nach § 36b EEG für die Ausschreibungen mit einem Gebotstermin in dem jeweils darauffolgenden Kalenderjahr neu bestimmen.

Der Höchstwert wird für die Gebotstermine der Ausschreibungen zur Ermittlung der Höhe der Zahlungen für Strom aus Windenergieanlagen an Land des Jahres 2019 auf 6,20 ct/kWh festgelegt.

Die Festlegung eines Höchstwerts darf gemäß § 85a Absatz 1 Satz 2 EEG nicht mehr als 10 Prozent von dem zum Zeitpunkt der Neufestlegung geltenden Wert abweichen. Durch die Festlegung 8175-02-00-18/1 vom 27.11.2018 wurde der Höchstwert für die Ausschreibungen des Jahres 2018 auf 6,3 ct/kWh festgelegt. Dieser Wert ist der Neubestimmung zu Grunde zu legen. Ein neuer Höchstwert gilt – gleich wie er ermittelt wird – erst für den nächsten Gebotstermin, vorliegend für den 1. Februar 2019.

Gemäß § 85a Absatz 2 Satz 1 EEG soll der zum Zeitpunkt der Festlegung geltende Höchstwert abgesenkt werden, wenn die durchschnittlichen Erzeugungskosten zu diesem Zeitpunkt deutlich unter dem Höchstwert liegen. Dies ist der Fall, wie es sich aus den obigen Ausführungen ergibt.

Die Absenkung des Höchstwerts und seine Festlegung auf 6,20 ct/kWh sind sachgerecht. Die tatsächlichen durchschnittlichen Stromgestehungskosten werden für diese Festlegung anhand des Gutachtens der *Deutschen Windguard GmbH* unter Berücksichtigung der Standardabweichungen der Schlüsselkostenparameter bestimmt.¹¹ Die durchschnittlichen Stromgestehungskosten liegen demnach bei 6,15 ct/kWh. Die Standardabweichung ist in vollem Umfang zu berücksichtigen, weil bei der Bestimmung des Höchstwerts ist – im Gegensatz zur Ausübung des Aufgreifermessens – nicht von den durchschnittlichen Erzeugungskosten aller Anlagen auszugehen, denn diese Kosten bilden nur den Durchschnitt ab und würden unterhalb der Grenzkosten vieler Anlagen liegen. Bei der Festlegung des Höchstwertes muss

¹¹ Als Datengrundlage ist das Gutachten der Deutsche Windguard GmbH für diese Ermittlung ausreichend, da es Teil des EEG-Erfahrungsberichtes ist. (BT-Drs. 18/8832, S. 253: „Die durchschnittlichen Erzeugungskosten müssen durch eine Evaluierung bestimmt werden, wie sie schon heute im Rahmen der Erfahrungsberichte vorgenommen wird. Die BNetzA kann dafür auch auf die im BMWi vorliegenden Daten zurückgreifen.“).

auch den Anlagen mit etwas schlechteren Rahmenbedingungen eine Teilnahme an den Ausschreibungsverfahren ermöglicht werden. Aus diesen Gründen findet die Standardabweichung bei der Ermittlung der Höchstwerte Berücksichtigung; hierdurch wird die Kostenstruktur der meisten Projekte abgebildet, nur Ausnahmefälle werden abgeschnitten.

Der Wert von 6,15 ct/kWh, der sich aus dem Gutachten der *Deutschen Windguard GmbH* ergibt, wird maßvoll von 0,05 ct/kWh auf 6,2 ct/kWh angehoben. Die Festlegung orientiert sich zwar auf der einen Seite an den Stromgestehungskosten, auf der anderen Seite muss der neu bestimmte Wert gerade nicht diesen Kosten entsprechen. Vorliegend wird ein kleiner Aufschlag gewählt, um auch bei denjenigen Anlagen einen Wettbewerb zu ermöglichen, deren Kosten bei dem oberen Ende der Standardabweichung liegen.

Die Bundesnetzagentur muss bei ihrer Entscheidung über die Höhe des Höchstwertes für die Ausschreibungsrunden des Jahres 2019 unter Ungewissheit entscheiden, wo der genaue Förderbedarf liegt und während des Jahres liegen wird. Der Gesetzgeber hat das Instrument der Ausschreibung eingeführt, damit die Ermittlung des Förderbedarfs durch den Wettbewerb erfolgen kann. Der Höchstwert soll den wettbewerblichen Bereich nicht unnötig einschränken. Da die Festlegung des Höchstwertes auch den Wirkungsbereich des Wettbewerbs begrenzt, ist eine moderate Anhebung der gutachterlich ermittelten Stromgestehungskosten geboten, um nicht ungewollt zu viele Anlagen von der Teilnahme an den Ausschreibungen auszuschließen. Sofern sich die Genehmigungslage im Jahr 2019 positiver als erwartet gestaltet und sich ein preissenkender Wettbewerb einstellt, werden die Zuschläge unter den Höchstwerten bleiben.

Ein Beibehalten des derzeit geltenden Höchstwertes oder seine Erhöhung sind ausgeschlossen, da § 85a Absatz 2 Satz 1 EEG ein Absenken vorsieht.

Die gesetzlichen Regelungen ermöglichen der Bundesnetzagentur eine für ein Jahr geltende Festlegung des Höchstwertes. Ein Festhalten an dem in § 36b Absatz 2 EEG festgelegten System mit einem rechnerisch zu ermittelnden Höchstwert würde, ein weiterhin geringes Wettbewerbsniveau vorausgesetzt, zu noch wesentlich höheren und

dabei steigenden Höchstwerten führen. Außerdem ließe es befürchten, dass Gebote und damit auch Genehmigungen zunächst zurückgehalten werden würden, da die Teilnahme an späteren Terminen absehbar lukrativer erscheinen könnte. Dadurch würde das Wettbewerbsniveau in den ersten Ausschreibungsrunden des Jahres weiter verzerrt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidungen ist die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn (Postanschrift: Postfach 80 01, 53105 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt.

Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).


Jochen Homann
- Präsident der Bundesnetzagentur -